

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 1183

[C — 2007/33015]

18. DEZEMBER 2006 — Dekret über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Für die Angelegenheiten, die die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen, setzt vorliegendes Dekret die Richtlinie 2003/98/EC des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors um.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Im Sinne des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Behörde:

a) die Deutschsprachige Gemeinschaft;

b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen;

c) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform, die

— zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und

— Rechtspersönlichkeit besitzt, und

— deren Tätigkeit überwiegend von den unter a) und b) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind;

d) die von einer oder mehreren der unter a), b) oder c) erwähnten öffentlichen Stellen gebildeten Vereinigungen;

2. Dokument : jede Information in gleich welcher Form, über die eine Behörde verfügt, oder ein beliebiger Teil einer solchen Information;

3. personenbezogene Daten: jede Information über eine identifizierte oder zu identifizierende natürliche Person im Sinne des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten;

4. Weiterverwendung: die Nutzung von Dokumenten, die im Besitz von Behörden sind, durch natürliche oder juristische Personen für kommerzielle oder nicht-kommerzielle Zwecke, die sich von dem ursprünglichen Zweck im Rahmen des öffentlichen Auftrags, für den die Dokumente erstellt wurden, unterscheiden.

Anwendungsbereich

Art. 3 - Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf alle fertigen und vollständigen Dokumente über die eine Behörde verfügt und die sie Dritten zur Verfügung stellt.

Vorliegendes Dekret findet keine Anwendung auf:

1. Dokumente, deren Bereitstellung nicht unter den öffentlichen Auftrag der betreffenden Behörden fällt;

2. Dokumente, die nach den geltenden Zugangsregelungen nicht zugänglich sind, einschließlic aus Gründen:

— des Schutzes der öffentlichen Sicherheit und Ordnung;

— der statistischen Geheimhaltung oder der Geschäftsgeheimnisse;

— des fehlenden persönlichen Interesses im Fall, in dem ein persönliches Interesse nachgewiesen werden muss, um Zugang zu einem Verwaltungsdokument zu erhalten;

3. Dokumente, die geistiges Eigentum Dritter sind;

4. Dokumente, die im Besitz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und ihrer Zweigstellen oder anderer Stellen und deren Zweigstellen sind und der Wahrnehmung eines öffentlichen Sendeauftrags dienen;

5. Dokumente, die im Besitz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind, einschließlic der Einrichtungen, die zum Zweck des Transfers von Forschungsergebnissen gegründet wurden;

6. Dokumente, die im Besitz von kulturellen Einrichtungen sind.

Dokumente, die von einer Behörde bedingungslos zur Verfügung gestellt werden, fallen ebenfalls nicht in den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekretes.

Der Austausch von Dokumenten zwischen öffentlichen Stellen im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags stellt keine Weiterverwendung dar.

KAPITEL II — *Bedingungen für die Weiterverwendung*

Personenbezogene Daten

Art. 4 - Ein Dokument, das personenbezogene Daten enthält, darf nur weiterverwendet werden unter der Bedingung, dass die Behörde alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hat, um die Identität der Person, auf die sich die Daten beziehen, zu verschleiern, insbesondere indem sie die Information gemäß der Definition in Artikel 1 Nr. 5 des Königlichen Erlasses vom 13. Februar 2001 zur Ausführung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten anonymisiert.

Weiterverwendungszweck

Art. 5 - Dokumente, die von den Behörden zur Verfügung gestellt werden, dürfen unter den Bedingungen des vorliegenden Dekretes zu kommerziellen oder nicht-kommerziellen Zwecken genutzt werden.

Die Dokumente, die aus der Weiterverwendung resultieren, geben die Quelle und das Datum der letzten Aktualisierung an. Sie respektieren die Integrität und die Art der zur Verfügung gestellten Dokumente.

Die Behörden können die Weiterverwendung von Dokumenten zusätzlichen Bedingungen unterwerfen. Diese Bedingungen dürfen jedoch weder die Möglichkeiten der Weiterverwendung noch die Konkurrenz ungebührlich einschränken.

Verfügbare Form der Dokumente

Art. 6 - Wenn die Dokumente vorhanden sind und in der beantragten Form zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass dabei unverhältnismäßige Ausgaben entstehen, übermittelt die Behörde die Dokumente in dieser Form.

Wenn die Dokumente nicht in der beantragten Form zur Verfügung stehen, teilt die Behörde dem Antragsteller mit, in welcher Form die Dokumente zur Verfügung gestellt werden können.

Die Behörden sind nicht verpflichtet, Dokumente weiterhin zu erstellen, damit sie weiterverwendet werden können. Sie müssen jedoch ihre diesbezüglichen Entscheidungen binnen angemessener Frist bekannt machen.

Entschädigung

Art. 7 - Wenn eine Entschädigung verlangt wird, darf diese die marginalen Kosten für die Reproduktion und die Bereitstellung nicht überschreiten.

Wenn die Vorbereitung eines Dokumentes mehrere zusätzliche Schritte erfordert, darf der Gesamtkostenpreis die Kosten der Erfassung, Erstellung, Reproduktion und Verbreitung zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht überschreiten.

KAPITEL III. — *Anträge auf Weiterverwendung und Nicht-Diskriminierung*

Antrag auf Weiterverwendung

Art. 8 - § 1. - Der Antrag auf Weiterverwendung erfolgt schriftlich und enthält mindestens die genaue Identifizierung des beantragten Dokumentes, eine Beschreibung der geplanten Weiterverwendung, die Form, in der die Dokumente vorzugsweise zur Verfügung gestellt werden sollten, sowie das verfolgte Ziel der Weiterverwendung.

Die Behörde, die einem Antrag auf Weiterverwendung nicht unmittelbar stattgeben kann oder die diesen Antrag ablehnt, teilt dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 30 Arbeitstagen nach Empfang des Antrages die Gründe des Aufschubs oder der Ablehnung mit. Bei Aufschub kann die Frist um 15 Arbeitstage verlängert werden.

Ist diese Mitteilung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgt, gilt der Antrag als angenommen.

§ 2. Wenn der Erhalt eines Dokumentes die Verwendung einer Lizenz erfordert, übermittelt die Behörde, bei der der Antrag gestellt wurde, dem Antragsteller binnen der in § 1 Absatz 2 vorgesehenen Frist eine Standardlizenz, die an besondere Lizenzanträge angepasst werden kann. Die Behörde kann eine Lizenz einseitig und zu jeder Zeit beenden, ohne dass ein Anrecht auf Entschädigung entsteht, wenn der Antragsteller eine oder mehrere der Lizenzbedingungen nicht erfüllt.

Die Behörde kann ebenfalls einseitig und zu jederzeit die Zurverfügungstellung von Dokumenten beenden, ohne dass irgendein Anrecht auf Entschädigung entsteht, wenn der Antragsteller eine oder mehrere der in Artikel 5 Absätze 2 und 3 erwähnten Bedingungen nicht respektiert.

Nicht-Diskriminierung

Art. 9 - Die Bedingungen für die Weiterverwendung von Dokumenten sind für vergleichbare Kategorien der Weiterverwendung nicht diskriminierend.

Werden Dokumente von Behörden als Ausgangsmaterial für eigene Geschäftstätigkeiten weiterverwendet, die nicht unter ihren öffentlichen Auftrag fallen, so gelten für die Bereitstellung der Dokumente für diese Tätigkeiten dieselben Gebühren und sonstigen Bedingungen wie für andere Nutzer.

Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen

Art. 10 - Vereinbarungen zwischen den Behörden, die im Besitz der Dokumente sind, und Dritten dürfen keine ausschließlichen Rechte gewähren, es sei denn, dies wäre erforderlich für die Leistung eines Dienstes allgemeinen Interesses.

Ist jedoch für die Bereitstellung eines Dienstes im allgemeinen Interesse ein ausschließliches Recht erforderlich, so ist der Grund für dessen Erteilung mindestens alle drei Jahre von der betroffenen Behörde zu überprüfen.

Jede Ausschließlichkeitsvereinbarung, die nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes getroffen wird, muss von der gewährenden Behörde bekannt gemacht werden.

Die vor In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes bestehenden Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter die Ausnahmen von Absatz 2 fallen, enden bei Vertragsablauf, spätestens aber am 31. Dezember 2008.

KAPITEL IV. — *Schlussbestimmungen*

Bekanntmachungspflicht

Art. 11 - Die zur Weiterverwendung verfügbaren Dokumente, die eventuellen Bedingungen und Gebühren werden inventarisiert und veröffentlicht, insbesondere auf der Internetseite der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

In-Kraft-Treten

Art. 12 - Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 18. Dezember 2006.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden

B. GENTGES,

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH,

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS,

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007.*

Dokumente des Parlamentes — 77 (2006-2007) Nr. 1 : Dekretentwurf.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung, Sitzung vom 18. Dezember 2006.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 1183

[C — 2007/33015]

18 DECEMBRE 2006. — Décret concernant la réutilisation de documents du secteur public (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Disposition générale

Article 1^{er}. Pour les matières qui relèvent des compétences de la Communauté germanophone, le présent décret transpose la Directive 2003/98/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 novembre 2003 concernant la réutilisation des informations du secteur public.

Définitions

Art. 2. Au sens du présent décret, on entend par :

1° « autorité » :

a) la Communauté germanophone;

b) les organismes de droit public qui dépendent de la Communauté germanophone;

c) tout organisme, indépendamment de sa nature et de sa forme juridique,

— créé pour satisfaire spécifiquement des besoins d'intérêt général ayant un caractère autre qu'industriel ou commercial, et

— doté de la personnalité juridique, et

— dont soit l'activité est financée majoritairement par les autorités ou organismes mentionnés aux littéras a) et b), soit la gestion est soumise à un contrôle par ces derniers, soit l'organe d'administration, de direction ou de surveillance est composé majoritairement de membres désignés par ces autorités ou organismes;

d) les associations formées par un ou plusieurs des organismes du secteur public mentionnés aux littéras a), b) et c);

2° « document » : toute information, sous quelque forme que ce soit, dont dispose une autorité ou toute partie d'une telle information;

3° « données à caractère personnel » : toute information sur une personne physique identifiée ou identifiable au sens de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel;

4° « réutilisation » : l'utilisation par des personnes physiques ou morales de documents détenus par des autorités, à des fins commerciales ou non commerciales autres que l'objectif initial de la mission de service public pour lequel les documents ont été produits.

Champ d'application

Art. 3. Le présent décret s'applique à tous les documents terminés et complets dont dispose une autorité et que celle-ci met à la disposition de tiers.

Le présent décret ne s'applique pas :

1° aux documents dont la mise à disposition ne ressortit pas à la mission de service public des autorités concernées;
2° aux documents qui, conformément aux règles d'accès en vigueur, ne sont pas accessibles, y compris pour des motifs de :

— protection de la sécurité et de l'ordre publics;
— confidentialité des données statistiques ou des informations commerciales;
— défaut d'intérêt personnel dans le cas où il faut démontrer un tel intérêt pour avoir accès à un document administratif;

3° aux documents dont les tiers détiennent les droits de propriété intellectuelle;

4° aux documents détenus par des radiodiffuseurs de service public et leurs filiales ou par d'autres organismes et leurs filiales pour l'accomplissement d'une mission de radiodiffusion de service public;

5° aux documents détenus par des établissements d'enseignement et de recherche, y compris, des organisations créées pour le transfert des résultats de la recherche;

6° aux documents détenus par des établissements culturels.

Les documents mis inconditionnellement à disposition par une autorité ne tombent pas non plus dans le champ d'application du présent décret.

L'échange de documents entre autorités dans le cadre de leur mission de service public ne constitue pas une réutilisation.

CHAPITRE II. — Conditions de réutilisation

Données à caractère personnel

Art. 4. Un document contenant des données à caractère personnel ne peut être réutilisé qu'à condition que l'autorité ait pris toute les mesures préventives nécessaires afin de dissimuler l'identité de la personne à laquelle se rapportent les données, notamment en rendant anonyme l'information conformément à la définition contenue à l'article 1, 5°, de l'arrêté royal du 13 février 2001 portant exécution de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

Objet de la réutilisation

Art. 5. Les documents mis à disposition par les autorités peuvent être utilisés à des fins commerciales ou non aux conditions énoncées par le présent décret.

Les documents résultant de la réutilisation mentionnent la source et la date de la dernière mise à jour. Ils respectent l'intégrité et la nature des documents mis à disposition.

Les autorités peuvent mettre d'autres conditions à la réutilisation de documents. Ces conditions ne peuvent toutefois limiter indûment les possibilités de réutilisation ni la concurrence.

Formats disponibles

Art. 6. Lorsque les documents existent et peuvent être mis à disposition dans le format demandé sans que cela implique des dépenses disproportionnées, les autorités les transmettent dans ce format.

Lorsque les documents ne sont pas disponibles dans le format demandé, l'autorité communique au demandeur le format sous lequel les documents peuvent être mis à disposition.

Les autorités ne sont pas tenues de continuer d'établir des documents en vue de leur réutilisation. Elles doivent toutefois rendre publiques leurs décisions en la matière dans un délai raisonnable.

Tarifification

Art. 7. Lorsque des redevances sont prélevées, celles-ci ne peuvent dépasser les coûts marginaux de reproduction et de fourniture.

Lorsque la préparation d'un document nécessite plusieurs démarches supplémentaires, le coût global ne peut dépasser le coût de collecte, de production, de reproduction et de diffusion, tout en permettant un retour sur investissement raisonnable.

CHAPITRE III. — Demandes de réutilisation et non-discrimination

Demande de réutilisation

Art. 8. § 1^{er}. La demande de réutilisation est introduite par écrit et comporte au moins l'identification précise du document demandé, une description de la réutilisation envisagée, le format sous lequel l'on préfère obtenir le document ainsi que le but poursuivi par la réutilisation.

L'autorité qui ne peut donner suite immédiatement à une demande de réutilisation ou rejette une telle demande communique les raisons du retard ou du refus au demandeur dans les 30 jours ouvrables de la réception de la demande. En cas de retard, le délai peut être prolongé de 15 jours ouvrables.

Lorsque cette communication n'intervient pas dans le délai prescrit, la demande est censée être acceptée.

§ 2. Lorsque la réception d'un document nécessite l'utilisation d'une licence, l'autorité auprès de laquelle la demande a été introduite transmet au demandeur, dans le délai prévu au § 1^{er}, alinéa 2, une licence-type pouvant être adaptée à des demandes de licence particulières. L'autorité peut mettre fin unilatéralement et en tout temps à une licence, sans que naisse un droit à une indemnité, lorsque le demandeur ne remplit pas une ou plusieurs conditions de la licence.

L'autorité peut également mettre fin unilatéralement et en tout temps à la mise à disposition de documents, sans que naisse un droit à une indemnité, lorsque le demandeur ne respecte pas une ou plusieurs des conditions figurant à l'article 5, alinéas 2 et 3.

Non-discrimination

Art. 9. Les conditions applicables en matière de réutilisation de documents sont non discriminatoires pour des catégories comparables de réutilisation.

Lorsqu'une autorité réutilise des documents comme ressource dans le cadre de ses activités commerciales étrangères à sa mission de service public, les conditions tarifaires et autres applicables à la fourniture des documents destinés à ces activités sont les mêmes que pour les autres utilisateurs.

Interdiction des accords d'exclusivité

Art. 10. Les accords conclus entre les autorités en possession des documents et les tiers n'accordent pas de droits d'exclusivité, sauf si cela s'avère nécessaire pour la prestation d'un service d'intérêt général.

Si un droit d'exclusivité est nécessaire pour prêter un service d'intérêt général, le bien-fondé de l'octroi de ce droit d'exclusivité est réexaminé, au moins tous les trois ans, par l'autorité concernée.

Les accords d'exclusivité conclus après l'entrée en vigueur du présent décret sont rendus publics par l'autorité qui octroie cette exclusivité.

Les accords d'exclusivité existant avant l'entrée en vigueur du présent décret qui ne relèvent pas des exceptions prévues au deuxième alinéa prennent fin à l'échéance du contrat, au plus tard toutefois le 31 décembre 2008.

CHAPITRE IV. — Dispositions finales

Obligation de publicité

Art. 11. Les documents disponibles pour une réutilisation, les conditions et redevances éventuelles sont répertoriés et rendus publics, notamment sur le site Internet de la Communauté germanophone.

Entrée en vigueur

Art. 12. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 18 décembre 2006.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Note

(1) *Session 2006-2007.*

Documents du Parlement — 77 (2006-2007) n° 1 : *Projet de décret.*

Rapport intégral. — Discussion et vote. Séance du 18 décembre 2006.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 1183

[C — 2007/33015]

18 DECEMBER 2006. — Decreet inzake het hergebruik van overheidsdocumenten (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Algemene bepaling

Artikel 1. Voor de aangelegenheden die onder de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap vallen, zet voorliggend decreet de Richtlijn 2003/98/EG van het Europees Parlement en de Raad van 17 november 2003 inzake het hergebruik van overheidsinformatie om.

Definities

Art. 2. In de zin van voorliggend decreet dient te worden verstaan onder :

1° « overheid » :

a) de Duitstalige Gemeenschap;

b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;

c) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook, die

— opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en

— rechtspersoonlijkheid heeft, en

— waarvan hetzij de activiteiten in hoofdzaak door de overheden of instellingen vermeld onder *a)* en *b)* worden gefinancierd, hetzij het beheer is onderworpen aan het toezicht door deze laatste, hetzij de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door deze overheden of instellingen zijn aangewezen;

d) de verenigingen gevormd door één of meerdere onder *a)*, *b)* of *c)* vermelde openbare lichamen;

2° « document » : eender welke informatie, ongeacht het medium, waarover een overheid beschikt of eender welk deel van een dergelijke informatie;

3° « persoonsgegevens » : eender welke informatie over een geïdentificeerde of te identificeren natuurlijke persoon in de zin van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens;

4° « hergebruik » : het gebruik door natuurlijke personen of rechtspersonen van documenten die in het bezit zijn van overheden voor andere commerciële of niet-commerciële doeleinden dan het oorspronkelijk doel binnen de publieke taak waarvoor de documenten zijn geproduceerd.

Toepassingsgebied

Art. 3. Voorliggend decreet is toepasselijk op alle afgewerkte en volledige documenten die in het bezit zijn van een overheid die ze ter beschikking van derden stelt.

Voorliggend decreet is niet van toepassing op :

1° documenten waarvan de verstrekking een activiteit is die niet valt onder de openbare taak van de betrokken overheden;

2° documenten waartoe de toegang is uitgesloten op basis van de vigerende toegangsregelingen, onder meer wegens :

— bescherming van de openbare veiligheid en orde;

— statistisch geheim of handelsgeheim;

— gebrek aan persoonlijk belang, als zo'n belang moet worden bewezen om toegang tot een bestuursdocument te krijgen;

3° documenten waarvan de intellectuele-eigendomsrechten bij derden berusten;

4° documenten in het bezit van openbare omroepen of hun dochterondernemingen en van andere lichamen of hun dochterondernemingen ten behoeve van de vervulling van een publieke omroepaak;

5° documenten in het bezit van onderwijs- en onderzoeksinstellingen, met inbegrip van organisaties die zijn opgericht voor de overdracht van onderzoeksresultaten;

6° documenten in het bezit van culturele instellingen.

Documenten die door een overheid zonder voorwaarde ter beschikking worden gesteld vallen ook niet in het toepassingsgebied van voorliggend decreet.

De uitwisseling van documenten tussen overheden in het kader van hun openbare taken is geen hergebruik.

HOOFDSTUK II. — Voorwaarden voor het hergebruik

Persoonsgegevens

Art. 4. Een document met persoonsgegevens mag slechts hergebruikt worden als de overheid alle noodzakelijke voorzorgsmaatregelen heeft genomen, om de identiteit van de betrokken persoon te verhullen, inzonderheid door de informatie anoniem te maken overeenkomstig de definitie opgenomen in artikel 1, 5°, van het koninklijk besluit van 13 februari 2001 ter uitvoering van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

Doel van het hergebruik

Art. 5. De door de overheden ter beschikking gestelde documenten mogen, onder de voorwaarden bepaald bij dit decreet, tot commerciële of niet-commerciële doeleinden worden gebruikt.

De uit het hergebruik resulterende documenten vermelden de bron en de datum van de laatste bijwerking. Zij respecteren de integriteit en de aard van de ter beschikking gestelde documenten.

De overheden kunnen het hergebruik van documenten aan bijkomende voorwaarden onderwerpen. Deze voorwaarden mogen echter de mogelijkheden tot hergebruik niet nodeloos beperken noch gebruikt worden om de mededinging aan banden te leggen.

Beschikbare formaten

Art. 6. Als documenten bestaan en zonder overmatige kosten in het gevraagde formaat ter beschikking kunnen worden gesteld, zendt de overheid de documenten in dat formaat over.

Als documenten niet in het gevraagde formaat ter beschikking staan, deelt de overheid aan de aanvrager mede in welk formaat de documenten ter beschikking kunnen worden gesteld.

De overheden zijn niet verplicht om documenten verder te produceren met het oog op het mogelijk hergebruik ervan. Zij moeten echter hun beslissingen daaromtrent binnen een redelijke termijn bekendmaken.

Tarifering

Art. 7. Wanneer een vergoeding wordt verlangd, mag ze niet hoger zijn dan de marginale kosten van vermenigvuldiging en terbeschikkingstelling.

Als de voorbereiding van een document meerdere bijkomende stappen vereist, mag de totale prijs niet hoger zijn dan de kosten van verzameling, productie, vermenigvuldiging en verspreiding, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen.

HOOFDSTUK III. — *Verzoeken om hergebruik en discriminatieverbod*

Verzoek om hergebruik

Art. 8. § 1. Het verzoek om hergebruik wordt schriftelijk ingediend en bevat ten minste de precieze identificatie van het gevraagde document, een beschrijving van het gepland hergebruik, het formaat waarin men de documenten liever zou verkrijgen alsmede het doeleinde van het hergebruik.

De overheid die aan een verzoek om hergebruik niet onmiddellijk kan gevolg geven of dit verzoek verwerpt, deelt de aanvrager binnen een termijn van 30 werkdagen na de ontvangst ervan de redenen van de uitstel of van de verwerping mede. Bij uitstel kan de termijn met 15 werkdagen worden verlengd.

Als deze mededeling niet binnen de voorgeschreven termijn plaatsvindt, wordt het verzoek geacht aangenomen te zijn.

§ 2. Is een licentie noodzakelijk om een document te verkrijgen, zendt de overheid waarbij het verzoek ingediend is, een standaardlicentie - die aan bijzondere aanvragen om licentie kan worden aangepast - binnen de in § 1, lid 2, bepaalde termijn aan de aanvrager. Vervult de aanvrager één of meerdere licentievoorwaarden niet, dan kan de overheid aan een licentie eenzijdig en te allen tijde een einde maken, zonder dat een recht op schadeloosstelling ontstaat.

Als de aanvrager één of meerdere van de in artikel 5, leden 2 en 3, bepaalde voorwaarden niet naleeft, kan de overheid eveneens eenzijdig en te allen tijde een einde maken aan de terbeschikkingstelling van documenten, zonder dat een recht op schadeloosstelling ontstaat.

Discriminatieverbod

Art. 9. De voorwaarden voor het hergebruik van documenten mogen niet discriminerend zijn voor vergelijkbare categorieën van hergebruik.

Indien documenten door overheden worden hergebruikt als basismateriaal voor commerciële activiteiten die buiten hun openbare taak vallen, zijn op de verstrekking van documenten voor deze activiteiten dezelfde vergoedingen en andere voorwaarden van toepassing als die welke gelden voor andere gebruikers.

Verbod op exclusiviteitsregelingen

Art. 10. Regelingen tussen de overheden die documenten in bezit hebben en derden mogen geen exclusiviteitsrechten verlenen, behalve als het noodzakelijk is voor het verlenen van een dienst van algemeen belang.

Wanneer een exclusief recht echter noodzakelijk is voor het verlenen van een dienst van algemeen belang, dient ten minste om de drie jaar door de betrokken overheid te worden nagegaan of de redenen daarvoor nog steeds geldig zijn.

Exclusiviteitsregelingen die na de datum van inwerkingtreding van dit decreet worden gesloten, moeten door de verlenende overheid openbaar gemaakt worden.

Vóór de datum van inwerkingtreding van dit decreet bestaande exclusiviteitsregelingen die niet onder de uitzonderingsregeling van lid 2 vallen, worden aan het eind van het contract, in elk geval uiterlijk op 31 december 2008, beëindigd.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Bekendmakingsplicht

Art. 11. De voor een hergebruik beschikbare documenten, de mogelijke voorwaarden en vergoedingen worden geïnventariseerd en bekendgemaakt, inzonderheid op de internetpagina van de Duitstalige Gemeenschap.

Inwerkingtreding

Art. 12. Voorliggend decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 18 december 2006.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Nota

(1) *Zitting 2006-2007.*

Bescheiden van het Parlement — 77 (2006-2007) nr 1 : Ontwerp van decreet.

Integraal verslag. — Discussie en aanneming. Zitting van 18 december 2006.